

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 73 (1979)
Heft: 11

Artikel: Das Dokument : Verweigerung des Militärflichtersatzes
Autor: Wildberger, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142806>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Dokument

Verweigerung des Militärflichtersatzes

Zürich, 17. Oktober 1979

Sehr geehrter Herr Kreiskommandant!

Meine Ueberzeugung als Christ treibt mich dazu, auch dieses Jahr die Bezahlung des Militärflichtersatzes zu verweigern.

Neben meiner grundsätzlichen Ablehnung jeder Gewaltanwendung ist es vor allem die Lockerung der **Waffenausfuhr**, die mich nicht zur Ruhe kommen läßt. Die Motion Friedrich mit ihren Forderungen nach Waffenausfuhrerleichterungen wurde immerhin im Nationalrat als Postulat akzeptiert.

Wenn man weiß, welche tödliche Rolle etwa Schweizer Sturmgewehre und Panzerwagen beim Militärputsch in Chile gespielt haben, und wie in vielen explosiven Dritte-Welt-Ländern die Mächtigen ihre (unsere) Waffen zur erbarmungslosen Durchsetzung und Sicherung ihrer Privilegien einsetzen (siehe die Diktaturen in Persien, Argentinien, Marokko, Peru und andere mehr ...!), dann ist es die Aufgabe jedes recht denkenden Menschen, sich gegen solche Geschäfte mit dem Tod aufzulehnen. Vollends, wenn diese Geschäfte jetzt noch erleichtert und ausgeweitet werden sollen!

Aber nicht nur jeder Tote, der durch eine Schweizer Kugel stirbt, lastet auf uns. Es ist nachgerade eine Binsenwahrheit, daß jeder Franken, der den notleidenden Entwicklungsländern durch den Kauf von Waffen entzogen wird, dem dringend nötigen Aufbau und Kampf gegen den Hunger verloren geht. Indirekt trägt er also dazu bei, daß die Notlage — und damit auch die soziale Unrast — noch größer wird. Und daß sich der Weg zu einem menschenwürdigen Existenzminimum für die dortige Bevölkerung noch mehr verlängert. Unser Waffenexport fördert also auf doppelte Weise die Kriegsgefahr in diesen Ländern, und ist daher doppelt ein Verbrechen.

Nicht zuletzt aufgrund der klaren Zusicherungen des Bundesrates auf eine strikte Auslegung der Ausfuhrbestimmungen wurde 1972 die Waffenexport-Initiative sehr knapp verworfen. Wenn diese Bestimmungen heute nun gelockert werden, dann verletzen Parlament und Bundesrat nicht nur diese Zusicherungen, sondern verstoßen damit in undemokratischer Weise gegen den Willen der Bevölkerung, wie er im Volksentscheid zum Ausdruck kam.

Im Zeichen der Rezession wird heute mit der Angst um Arbeitsplätze also nicht nur das Geschäft mit dem Tod gerechtfertigt, sondern werden auch Volksentscheide unterlaufen. Aber wurde untersucht, ob es nicht noch andere, sinnvollere Produktionsmöglichkeiten gebe? Etwa wie die Arbeiter der britischen Lucas Aerospace-Werke ein gutes, ziviles Produktionsprogramm ausarbeiteten? Oder stehen da noch ganz andere (Gewinn-)Interessen auf dem Spiel? Und ist eine Wirtschaft, die die Arbeitslosigkeit nur mit einer Ausweitung der Rüstungsherstellung meistern kann, nicht grundsätzlich krank und in Frage zu stellen? Ich werde den Verdacht nicht los, daß mit der Angst um Arbeitsplätze nur gespielt wird, um grundlegenden Fragen auszuweichen.

Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, mit dem Leid, den Schmerzen und Tränen zerstörter Menschenleben eine billige Lösung unserer Arbeitsplatzprobleme zu erkaufen. Als Christ sehe ich es als meine oberste Lebensaufgabe an, für die unbedingte Achtung vor jeglichem Menschenleben einzutreten. Diese Achtung gilt es unter allen Umständen zu respektieren. Ich kann deshalb nicht anders, als mit meiner Weigerung, den Militärflichtersatz zu bezahlen, ein kleines Zeichen des Protestes zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen Ihr Ulrich Wildberger